



Niederschrift

24. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. April 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Der Vorsitzende: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

13.

Punkt 14 der Tagesordnung: Förderprogramm "KlimaBonus Karlsruhe"

Vorlage: 2021/0322

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit sowie im Hauptausschuss die als Anlage beigefügten Richtlinien zum „KlimaBonus Karlsruhe“ und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:

Bei 45 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 14 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Wenn wir bei den Klimazielen im Gebäudebereich vorankommen wollen, müssen wir es schaffen, die Sanierungsquote in unserer Stadt erheblich zu erhöhen. Deswegen freuen wir uns ganz besonders über diese Vorlage Klimabonus Karlsruhe, weil hier 2 Millionen Euro eingestellt werden sollen, wo private Sanierungsvorhaben für die Anhebung der energetischen Qualität eingestellt werden sollen. Wir sehen diese Vorlage aber natürlich nur als einen Baustein von einem Gesamtkonzept. Wir freuen uns auch, dass vonseiten der Stadt geplant ist, noch einmal in die Beratungsangebote zu investieren, weil gerade viele private Sanierer*innen nicht genügend Informationen haben oder auch den Beratungsbedarf haben. In dieser Kombination gehen wir davon aus, dass es hier eine sehr gute Erfolgsgeschichte ist und wir freuen uns.

Stadtrat Maier (CDU): Karlsruhe hatte schon immer ein innovatives Klimaförderprogramm. Das wurde nun folgerichtig fortgeschrieben. Auch wir als CDU standen immer klar hinter dem Klimaschutzkonzept, und in logischer Konsequenz stimmen wir auch hier sehr gerne zu. Wir hoffen auf rege Inanspruchnahme, vielen Dank allen beteiligten Stellen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich schließe mich dem Dank an und sage auch, dass wir natürlich voll hinter dem Programm stehen. Wir sehen es auch als einen wichtigen Punkt aus dem Klimaschutzkonzept, das jetzt in die Umsetzung kommt und möchten aber nur noch mal anmerken, dass es natürlich wichtig ist, dieses Programm dann auch gut zu bewerben, sodass es dann auch gut nachgefragt wird, danke.

Stadtrat Høyem (FDP): Ob man es glaubt oder nicht, wir sind alle wirklich interessiert, diesen Klimaschutz durchzuführen, und deshalb stimmen wir sehr gerne zu.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir werden als AfD-Fraktion dagegen stimmen und deswegen möchten wir auch erklären, warum. Es soll hier darum gehen, CO₂ zu vermeiden. Aber mit diesem Förderprogramm werden wir kurzfristig die CO₂-Produktion ordentlich ankurbeln. Denn alles das, was hier unterstützt werden soll, setzt CO₂ frei. Wenn ich Dämmmaterial produziere, setze ich sehr viel CO₂ frei. Dämmmaterial ist im Übrigen auch nicht unumstritten, weil es vorhin hieß, es besteht ein Informationsbedarf. Ich habe das Gefühl, dass auch hier im Gemeinderat noch einiges an Informationsbedarf besteht, was Dämmung angeht. Denn wenn man einmal die Diskussion verfolgt, pro und contra Dämmung, da gibt es durchaus andere Meinungen, die aber hier im Gemeinderat praktisch nie vorkommen.

Die andere Sache ist, wie gesagt, wir setzen sehr viel CO₂ frei. Auch durch die Produktion von Photovoltaik-Anlagen wird CO₂ freigesetzt. Es wird sehr viel Energie verbraucht. Ich muss die Photovoltaik-Anlage mindestens sieben Jahre betreiben, um diese Energie überhaupt erst mal wieder reinzuholen. Erst dann fange ich an, letztendlich CO₂ einzusparen. Also das heißt, der CO₂-einsparende Effekt ist ziemlich gering. Zum anderen geht es hier gar nicht darum, die zu fördern für Einfamilienhäuser, sondern für Mehrfamilienhäuser, wo wir glauben, dass da keine Förderung notwendig ist.

Generell sind wir der Meinung, dass all diese Maßnahmen sich rechnen müssen, und deswegen bedürfen sie keiner Förderung. Wenn also ein Immobilienbesitzer merkt, wenn ich meine Immobilie dämme, werde ich langfristig Geld sparen, dann wird er das so oder so tun. Da brauchen wir als Stadt nicht noch extra 2 Millionen zusätzlich auszugeben. Die andere Sache ist, dass bei der Photovoltaik nur ein sehr geringer Teil der tatsächlichen Kosten tatsächlich von demjenigen, der den Strom produziert, getragen wird. Denn mit der Photovoltaik produzieren wir in der Fläche sehr viel Strom. Unser Stromnetz ist darauf aber nicht abgestellt. Unser Stromnetz ist darauf abgestellt, dass zentral Strom produziert wird und in der Fläche verbraucht. Das heißt, ich muss im Netz sehr viele Ausgleichsmaßnahmen tätigen, um überhaupt die Photovoltaik aus der Fläche wieder abzuführen. Diese Kosten werden nicht sichtbar, weil sie vom Netzausbau getragen werden. Das heißt, der Steuerzahler bezahlt die, und der Stromkunde bezahlt die. Das heißt, die 2 Millionen, um die es hier geht, sind nicht die einzigen Kosten, die auf die Bürger dieser Stadt als Steuerzahler und Stromkunden zukommen. Damit habe ich nur einen Teil der Gründe zusammengefasst, weshalb wir gegen diese Vorlage sind.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Meine Frage, die ich mir stelle, ist, ab wann kann so ein Programm tatsächlich erfolgreich sein. Da braucht es drei Kriterien. Es muss einfach sein, es muss lohnend sein, und es muss bekannt sein. Das eine ist es gewiss, ob es einfach ist, weiß ich noch nicht genau. Ich habe nachgeschaut im Internet, wie die bisherige Förderprogramme so zu beantragen sind. Da lässt sich sicher noch manches machen. Der Beantragende muss selber vorher schon die Kostenvoranschläge abgeben. Da ist eine Menge Arbeit zu tun. Ich weiß nicht, ob

man so auf einfache Art die Menschen gewinnt, daran teilzunehmen. Das Programm ist sicher gut, es ist lohnend. Es lohnt sich, auch wenn man bessere Dämmstoffe nimmt, also wenn man umweltfreundliche Dämmstoffe nimmt. Da bekommt man eine Zusatzförderung, also sehr gut an dieser Stelle gemacht.

Wie es mit der Bekanntheit aussieht, daran müssen wir hart arbeiten. Das scheint mir eine Aufgabe zu sein, die vor uns steht. Da tun wir zu wenig bisher. Aber es lohnt sich jetzt, das zu tun. Insofern gerne ein Ja, aber wir müssen noch einiges nachbauen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
12. Mai 2021